

Frist bis Ende Februar das Ziel

Wiedervernässung: CDU-Bundestagsfraktion stellt sich hinter Moordörfer

BERLIN/GNARRENBURG. In einem gemeinsamen Brief der CDU/CSU-Fraktion an Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) formulieren die verantwortlichen Parlamentarier deutliche Kritik an der „unzureichenden Öffentlichkeitsbeteiligung“. Es sei nicht nachvollziehbar, warum für die Erarbeitung eines ersten Konzeptpapiers fast drei Jahre vergehen, den betroffenen Landkreisen, Verbänden und Landnutzern aber nur wenige Wochen eingeräumt würden, inhaltlich zum Vorhaben der Bundesregierung Stellung zu nehmen, heißt es in dem Schreiben.

Oliver Grundmann, der den Brandbrief gemeinsam mit der umweltpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött, formuliert und unterzeichnet hat, freut sich, seine Bundestagsfraktion an der Seite zu wissen: „Ich danke meinen Berliner Kollegen für die schnelle Unterstützung. Vor allem hat un-

sere schnelle Reaktion, insbesondere auch die Briefe meiner Landtagskollegen Dr. Marco Mohrmann und Eike Holsten, Wirkung gezeigt. Eine erste Fristverlängerung bis zum 15. Januar 2021 haben wir bereits erkämpft. Aber wir lassen nicht locker. Unsere Moordörfer haben auch weiterhin unsere volle Unterstützung!“

Grundmanns Landtagskollege Dr. Marco Mohrmann verdeutlicht: „Erstmal ist es gut, dass unser eindringlicher Appell auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Die große Betroffenheit im Landkreis Rotenburg macht es unbedingt notwendig, die Menschen in den Moordörfern angemessen zu beteiligen.“

Im Brief der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an Umweltministerin Svenja Schulze war betont worden, dass man hinter Moorschutz („hat herausragende Bedeutung“) und der Erarbeitung einer Strategie hierfür stehe. Neben

der kurzen Frist zu einer Äußerung der Öffentlichkeit bis zum 18. Dezember („nicht nachvollziehbar“) wird aber auch kritisiert, dass das jetzige Diskussionspapier „zu erheblichen Ängsten bei den Menschen vor Ort“ führe. Letztere müsse man bei der Erarbeitung einer Strategie ernst nehmen.

Diese Menschen würden fürchten, dass landwirtschaftliche Nutzflächen verschwinden, „womit zahlreichen Betrieben die Existenzgrundlage genommen wäre“. Wenn junge Familien in Moor-Dörfern nicht mehr bauen dürften, würden „in Jahrhunderten gewachsene Strukturen des sozialen Miteinanders gefährdet“. Bestehende Sickergruben könnten bei Wiedervernässung den Dienst versagen, das würde auch bestehende Wohnbebauung bedrohen. Wegen der weitreichenden Konsequenzen wird „eindringlich“ eine Fristverlängerung bis Ende Februar gefordert. (bz)